

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Loacker, Krisper, Kolleginnen und Kollegen  
betreffend Ministerielle Kompetenzzentrennung im Bereich des Glücksspiels  
eingebracht im Zuge der Debatte in der 5. Sitzung des Nationalrats über die  
Causa Casinos Austria - TOP 1**

Der Bund profitiert einerseits über Steuereinnahmen vom Glücksspiel, ist aber andererseits für den Schutz der Spieler\_innen vor Sucht zuständig. Sowohl Steuererhebung als auch Spielerschutz liegen in der Kompetenz und daher Verantwortung des BMF. Der Konflikt zwischen den fiskalischen Interessen des BMF am Glücksspiel und der Einrichtung einer Spielerschutzstelle bei selbigem Ministerium ist offenkundig. Diesbezügliche Fragen ("Reformbedarf und Umgang mit Expertenberichten im Glücksspielrecht", 3879/J XXVI. GP) wurden vom BMF unklar beantwortet (3781/AB XXVI. GP). Bemerkenswert dabei ist aber, dass das BMF die zweigleisige Kompetenzlage nicht explizit verteidigt hat. Daraus lässt sich schließen, dass auch das BMF Veränderungsbedarf sieht.

Der Interessenskonflikt innerhalb des BMF lässt sich am sinnvollsten und auch schlüssigsten dadurch lösen, dass die Zuständigkeit für Spielerschutz im Verantwortungsbereich des BMASGK angesiedelt wird.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich eine Regierungsvorlage vorzulegen, die im Bereich des Glücksspiels eine ministerielle Kompetenzzentrennung der Steuereinhebung und der Spielerschutzstelle vorsieht. Dabei soll die derzeit im BMF angesiedelte Spielerschutzstelle künftig im Verantwortungsbereich des BMASGK angesiedelt werden."

N. Sauer  
Steff. Krisper  
Loacker  
Krisper  
Loacker  
Krisper

